

## Haushaltsrede UfL Ratssitzung 19.12.2018

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende, liebe Ratskolleginnen und –kollegen,  
liebe Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Presse, sehr geehrte  
Anwesende,

zunächst einmal gilt unser Dank dem Ersteller des Haushaltsentwurfes 2019  
Markus Brundiers sowie allen, die an diesem Entwurf mitgewirkt haben. Ein  
besonderer Dank an dieser Stelle an Hermann Dirks für seinen 34-jährigen,  
überaus engagierten Einsatz für die Stadt Lönigen;

„Wir wünschen dir, lieber Hermann, alles erdenklich Gute und Gesundheit für  
deine Zukunft. Genieße deine neu gewonnene Zeit!“

Anlass der heutigen Ratssitzung ist der vorliegende Haushaltsentwurf für das  
Kalenderjahr 2019. Hier wird mit einem Gesamtüberschuss von ca 1,1 Mio €  
(1.085.400 €) geplant. Der Finanzmittelüberschuss für Investitionen beträgt  
nach Abzug der Tilgungsleistung ca. 1,7 Mio € (1.675.500€). Die Stadt  
beabsichtigt Investitionen in Höhe von fast 14,3 Mio € (14.279.200€). Unter  
allen Einzahlungen und Saldierungen bedeutet dies für die Stadt Lönigen eine  
Nettoneuverschuldung von ca. 6 Mio € (5.980.900€). Das entspricht ca. einem  
Drittel der Gesamtschulden (18, 7 Millionen) der Stadt Lönigen in Bezug auf

J. Bremersmann | B. Sibbel | C. Fresenborg | FJ Kühne | Dr. S. Rode | F. Steinke | G. Wendt

den letzten, genehmigten Jahresabschluss aus 2012. Aktuellere Zahlen liegen uns bislang leider nicht vor.

Diese nicht unerhebliche Neuverschuldung macht eine kritische Betrachtung der geplanten Investitionen der Stadt Lönigen notwendig.

Grundsätzlich steht die UFL immer hinter Investitionen, die einen Ausbau der Ansiedlung von Gewerbebetrieben ermöglicht und daher begrüßen wir ausdrücklich, dass es der Verwaltung gelungen ist, im Laufe des Jahres mehrere Grundstücke zu erwerben, die entweder als Gewerbegebiet geeignet sind oder als Tauschflächen dienen können.

Trotzdem sehen wir hier noch deutliches Entwicklungspotenzial:.. Hier sehen wir deutliches Entwicklungspotenzial. **Es reicht nicht aus,** lediglich die Infrastruktur seitens der Stadt zur Verfügung zu stellen. Eine positiv-aktive Vermarktung der Gewerbeflächen der Stadt Lönigen ist zwingend erforderlich, um die Gewerbesteureinnahmen als Haupteinnahmequelle der Kommune langfristig zu sichern und auszubauen. Sinnvoll erscheint uns eine regelmäßige und gezielte Kommunikation mit den Gewerbetreibenden, die bisher ausblieb, um Gewerbesteureinbrüche frühzeitig zu erkennen und darauf adäquat reagieren zu können (siehe Haushaltssperre 2018). Auch eine Anhebung der

J. Bremersmann | B. Sibbel | C. Fresenborg | FJ Kühne | Dr. S. Rode | F. Steinke | G. Wendt

Realsteuersätze führt zu einer weiteren Minderung der Attraktivität des Standortes Lönigen. Daher lehnen wir eine Steuererhöhung ab.

Positiv gesehen werden von uns die Anstrengungen, Baugebiete für Familien auszuweisen, was eine essentielle Grundlage für eine gesunde demographische Bevölkerungsstruktur im Stadtgebiet Lönigen ist. Leider hat diese Entwicklung vor allem die kleineren Dörfer noch nicht erreicht. Hier gilt es, gezielt daran zu arbeiten, der einheimischen Jugend Bleibeperspektiven zu ermöglichen. Mit Nachdruck appellieren wir hierzu an die Bereitschaft der Stadt Lönigen in die bereits vorhandene dörfliche Infrastruktur zu investieren. Das schließt eine aktive Unterstützung des Rates und der Verwaltung Lönigen in die Umsetzung der bereits geplanten öffentlichen und privaten Projekte der Dorfentwicklung Lönigen Süd-Ost ein. Hier erwarten wir schnellstmöglich damit zu beginnen.

Attraktivität erlangt Lönigen auch durch eine gute kulturelle Infrastruktur und vielfältige Freizeitmöglichkeiten. Daher erachten wir es für sinnvoll, die im vergangenen Jahr beschlossenen Investitionsansätze für das Forum, die Sauna und das Hallenbad fortzuführen. Denn ein Aussetzen ist kontraproduktiv und führt wegen mangelnder Attraktivität zu einer immer geringeren Akzeptanz.

Dazu zählt ebenfalls ein Bildungsangebot mit sächlich gut ausgestatteten Schulen. Daher begrüßen wir die beschlossenen Investitionen in unsere Schulen und werden diese auch in Zukunft unterstützen. Das Betreuungsangebot durch die Schulen wird aufgrund veränderter Familienstrukturen auch in Lönningen zunehmend bedeutsamer und notwendiger. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, erachten wir gut ausgestatte Mensen für wichtig im Sinne einer umfassenden Versorgung der Schülerinnen und Schüler. Dies setzt zum Beispiel die Gutenbergschule hervorragend um.

Eine weitere Investition in die notwendige technische Modernisierung der Kläranlage unterstützen wir. Verwundert waren wir über die einerseits kurzfristige Streichung der Investition aus dem Haushaltsansatz und gleichzeitig ebenso kurzfristige Steigerung der Investitionskosten um 650.000€ unmittelbar vor der VA-Sitzung Anfang Dezember.

Hier stellt sich die Frage, ob **dieses in einer noch nicht ausgereiften** Planung begründet ist. Uns erscheint sinnvoll, das Jahr 2019 zu nutzen, gezielt nochmals die Technik zu überdenken und zukunftsweisend zu optimieren.

Weiterhin sehen wir eine Verbesserung der Haushaltssituation der Stadt Lönningen nicht in der Erwirtschaftung von Dividenden aus einer Aufstockung der spekulativen KNN-Beteiligung, die im Übrigen laut Bericht der Nordwest Zeitung vom 08.11.2018 nur von 17 von 82 möglichen Kommunen in 2018 wahrgenommen wurde. Das entspricht gerade einmal 21% der Kommunen, die bereits im Besitz von Beteiligungen sind. Wir dürfen hier zu Recht fragen, warum die große Mehrheit von 79%, darunter auch CDU geführte Kommunen, sich bewusst gegen diese Aufstockung entschieden haben?

Stattdessen sehen wir eine maximale Ausschöpfung verschiedenster Förderprogramme für städtische Investitionen für sinnvoll an. Gegebenenfalls lohnen sich Überlegungen, gerade in diesem Bereich personelle Aufstockungen vorzunehmen, um Mittel für unumgängliche Investitionen wie zum Beispiel der Bereitstellung von Krippenplätzen zu generieren.

Aktuell möchten wir nochmals auf unseren Antrag hinsichtlich der städtischen Waage hinweisen. In diesem beabsichtigen wir, über die weitere Verwendung der Waage einen Ratsbeschluss zu erwirken. Hintergrund unseres Antrags ist die Einbindung in das nach wie vor ausstehende städtebauliche Entwicklungskonzept.

Aus unserer Sicht ist eines der dringlichsten Projekte der kommenden Jahre der Neubau der Feuer- und DRK Wache und damit ihre Verlegung aus dem Stadtzentrum heraus. Hier sollte und muss man über Synergien nachdenken, wie zum Beispiel das Integrieren der Polizeistation.

Sorge bereiten uns die stetig steigenden Haushaltsplanansätze für den Rathausneubau, von aktuell 4,5 Mio. Mit Blick auf die eingangs geschilderte Haushaltslage stellt sich uns die Frage der Finanzierbarkeit der Investition.

Im Namen meiner UFL-Fraktionskollegen wünschen wir Ihnen allen eine angenehme, besinnliche Weihnachtszeit im Kreise Ihrer Familien und uns als Ratskollegen im kommenden Jahr eine fruchtbare und vor allem **ehrliche** Zusammenarbeit im Sinne einer zukünftigen positiven Entwicklung unserer Heimatstadt.